konnte, desto stärker forcierte sie in ihrem Bemühen um die Heranbildung eines „sozialistischen Bewußtseins“ in der Bevölkerung auch die Propagierung atheistischer Gedanken unter Einsatz aller, auch administrativer Mittel. Die Ursache jedes aus religiöser Bindung geleisteten Widerstands in der sowjetischen Zone liegt in diesem Mißbrauch der politischen Gewalt durch die SED begründet. Der dauernde, wenn auch mit wechselnder Intensität vorgetragene Angriff des Regimes auf die Gläubigkeit des Menschen führte nicht nur zu Spannungen in dem Verhältnis zwischen Kirche und Regime, sondern stürzte zugleich viele Gläubige aus der zu schätzungsweise 85 bis 90 Prozent konfessionell gebundenen Bevölkerung der Sowjetzone in tiefe Gewissenskonflikte zwischen ihrem Gehorsam gegenüber der „Obrigkeit“ und ihrer Gründung im Sittengesetz des Christen.

Seiner geschichtlichen Tradition nach ist das Land zwischen Elbe und Oder das Stammland der Reformation. An das Portal der Schloßkirche zu Wittenberg schlug *Martin Luther* 1517 seine 95 Thesen. Der weitaus überwiegende Teil der mitteldeutschen Bevölkerung bekennt sich zum evangelisch-lutherischen Glauben. Die Katholiken machen nur etwa ein Zehntel der Bevölkerung aus und leben — von einigen wenigen konfessionell geschlossenen Gebieten wie dem Eichsfeld oder der Wendei abgesehen — in der Diaspora. Während gegenwärtig 6 060 evangelische Pfarrer in der SBZ tätig sind¹³⁰, wirken für die katholische Kirche nur rund 1 370 Priester¹³¹.

Die bis heute formell nicht außer Kraft gesetzte „Verfassung der DDR“ verkündet in Artikel 41 nicht nur „volle Glaubens- und Gewissensfreiheit“ und „ungestörte Religionsausübung“, sie läßt ausdrücklich auch „das Recht der Religionsgemeinschaften, zu den Lebensfragen des Volkes von ihrem Standpunkt aus Stellung zu nehmen, unbestritten“. Dennoch sind seit der Gründung der Sowjetzonen-„Republik“ und vor allem seit 1952 — dem Jahr, das mit der „Verschärfung des Klassenkampfes“ durch die SED auch die erste Phase des offenen Kirchenkampfes einleitete — zahlreiche Geistliche und Laien drangsaliert und verfolgt worden, weil sie von diesem Recht durch die Verkündigung ihres Glaubens Gebrauch machen wollten.

Kritisch betrachtet, sahen sich die Kirchen schon 1946 dem Angriff auf ihre Existenz und auf ihr Wirken ausgesetzt, als die in den Ländern der SBZ in Kraft gesetzten Schulgesetze unter dem Vorwand der „Demokratisierung

130 „Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1961“, [Ost-]Berlin 1961, S. 91.

131 „Die katholische Kirche in Berlin und Mitteldeutschland“, dritte, überarbeitete und erweiterte Auflage, Berlin 1962, S. 8.